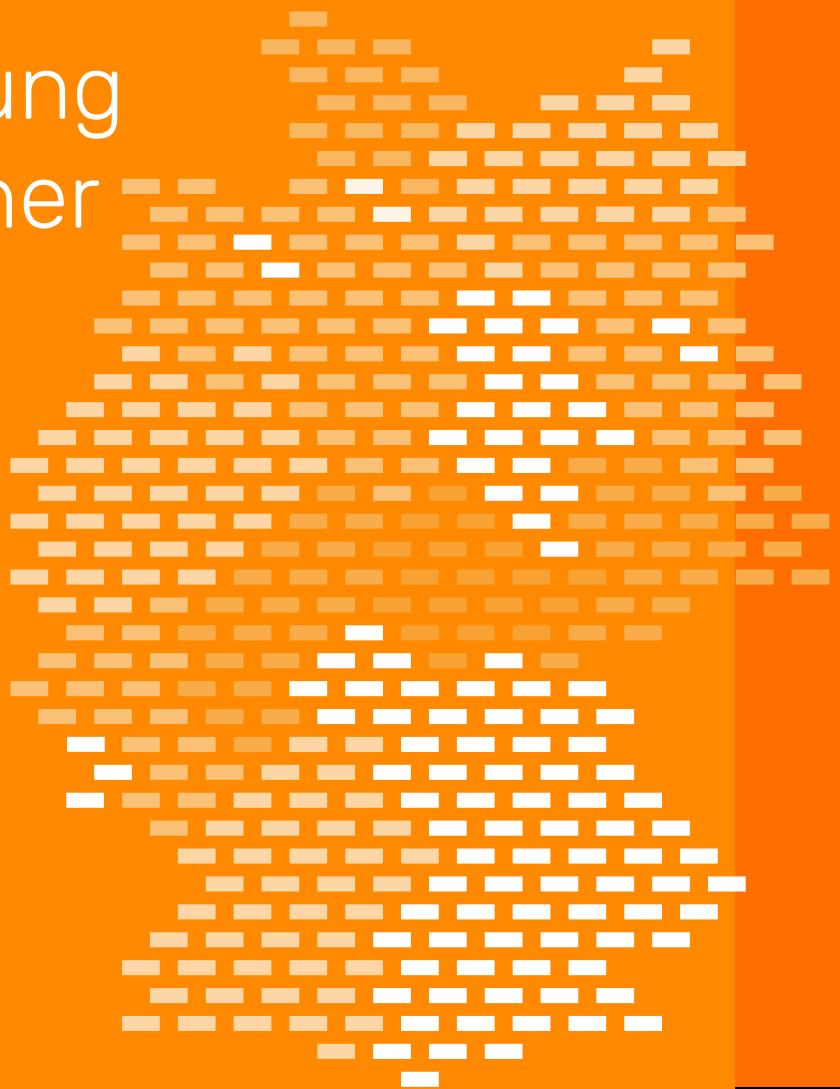




Zweiter Nationaler Aktionsplan 2019 – 2021

Kurzfassung
in einfacher
Sprache





Impressum

Zweiter Nationaler Aktionsplan (NAP) 2019 – 2021
im Rahmen der Teilnahme Deutschlands
an der Open Government Partnership (OGP)
- Kurzfassung in einfacher Sprache -

Herausgeber

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

www.open-government-deutschland.de

Stand

September 2019

Lizenz

Creative Commons Namensnennung 4.0
International (CC BY 4.0)
mit Ausnahme von Fotos und Illustrationen

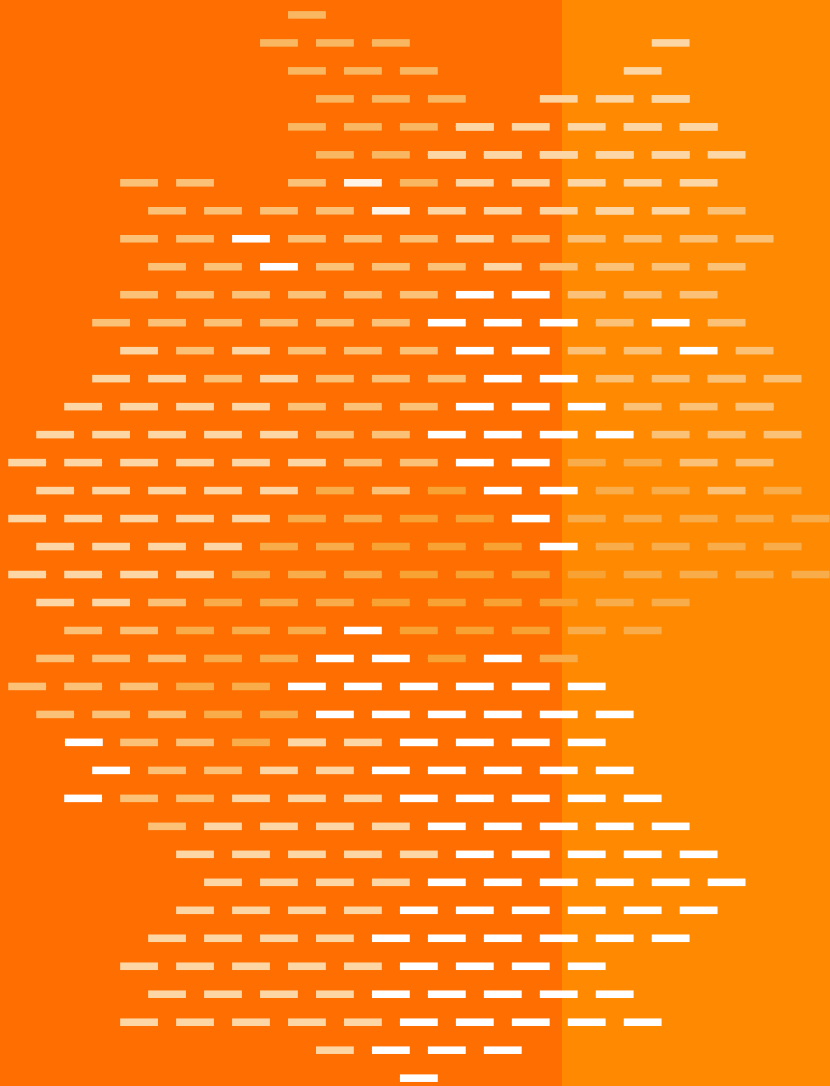
Bildnachweis

Bundesregierung/Steffen Kugler (Portrait)

**Teilnahme Deutschlands an der
Open Government Partnership (OGP)**

Zweiter Nationaler Aktionsplan 2019 – 2021

Kurzfassung in
einfacher Sprache





Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel findet, dass es sehr gut ist, wenn die Politik den Menschen gegenüber offen und ehrlich ist und man sich gegenseitig gut zuhört.

So funktioniert die Demokratie besser und die Menschen sind zufriedener.

Zweiter Nationaler Aktionsplan 2019 – 2021

Deutschland nimmt teil an der Open Government Partnership. Das ist eine Vereinigung vieler Länder, die alle nach den Vorstellungen von einem Open Government arbeiten möchten. Open Government bedeutet direkt übersetzt offene Regierungs- und Verwaltungsarbeit. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen bei dieser offenen Regierungsarbeit gut verstehen können, was die Regierung macht und wie die Behörden arbeiten.

Viele Informationen über die Regierungs- und Verwaltungsarbeit sollen dabei ganz leicht zugänglich sein. Die Bürgerinnen und Bürger haben oft die Möglichkeit, ihre Meinung zu Gesetzen und Regelungen zu sagen.

Die Bundesregierung und drei Bundesländer haben diesen Zweiten Nationalen Aktionsplan geschrieben. Er wurde im September 2019 veröffentlicht.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt Open Government so: Eine Regierung arbeitet nach den Regeln von Open Government, wenn sie offen ist, ausführlich und ehrlich über ihr Handeln informiert. Open Government bedeutet, immer demokratisch zu sein und sich das Beste für alle zum Ziel zu setzen.

Wie wichtig ist Open Government für Deutschland?

Wenn die Regierung und die Verwaltungen offen arbeiten, hat das viele Vorteile. Die Menschen können die Arbeit der Regierung und der Verwaltung dann besser verstehen.

Deshalb haben sie dann mehr Vertrauen in die Regierung und in die Verwaltung. Offen zu arbeiten bedeutet auch, die Ideen der Menschen anzuhören und aufzunehmen. Dann haben die Menschen auch mehr Lust mitzuhelfen und sich zu engagieren.

Offen zu arbeiten ist wichtig für eine Regierung, die:

- **Nah an den Bürgern sein möchte.**
- **Demokratie verbessern möchte.**
- **Gut für die Zukunft vorbereiten möchte.**

Deutschland ist seit 2016 bei der Open Government Partnership dabei. Diese Vereinigung wurde 2011 gegründet, unter anderem von den USA und Brasilien.

Die Abkürzung für Open Government Partnership ist OGP. Inzwischen sind 79 Länder Mitglied in dieser Vereinigung. Open Government ist also auch ein internationales Thema.

Die Parteien CDU, CSU und SPD bilden im Moment die Regierung von Deutschland. Sie haben sich vorgenommen, Open Government in Deutschland umzusetzen.

Ab 2019 ist Deutschland im Lenkungs-Ausschuss der Open Government Partnership. Das heißt, Deutschland wird dort eine wichtige Rolle übernehmen.

Dafür musste sich Deutschland bewerben.

In der deutschen Bewerbung hat Minister Braun geschrieben, dass Deutschland ganz viel von den anderen Ländern lernen möchte.

Und dass Open Government in Deutschland genauso gut werden soll, wie in anderen Ländern, die schon länger dabei sind.

Open Government in der Praxis:

In Deutschland gibt es Open Government schon, auch wenn es nicht immer so genannt wird. Hier sind ein paar Beispiele:

- **Beim Dritten Nationalen Rad-Verkehrs-Plan durften ganz viele Bürger und Bürgerinnen mitreden.**
- **Bis Ende 2022 sollen alle Verwaltungs-Dienstleistungen im Internet sein. Für die Bürger und Bürgerinnen soll dieses Internet-Angebot ganz leicht verständlich sein. Bürger und Bürgerinnen testen die Internet-Angebote und schauen, ob alles gut funktioniert und ob sie die Angebote auch gut verstehen.**
- **Neun Städte und Gemeinden sind Modell-Kommunen für Open Government. Sie probieren ganz viel aus. Aus ihren Erfahrungen können alle anderen lernen.**
- **Seit 2015 können die Bürger und Bürgerinnen schon ganz viele Daten und Informationen auf der Internetseite www.govdata.de anschauen und lesen.**

Wie funktionieren Open Government Partnership (OGP) und die Nationalen Aktionspläne?

Wer bei der Open Government Partnership mitmachen möchte, muss alle zwei Jahre einen Aktionsplan machen.

In den Aktionsplänen müssen zwischen 5 und 15 Verpflichtungen stehen, mit denen wichtige Ziele erreicht werden.

Bei allen Überlegungen sollen die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

Die Aktionspläne werden immer wieder bewertet, indem genau geschaut wird, was schon gut läuft und was noch besser werden müsste.

Dadurch sollen alle immer besser werden.

Wie ist der Zweite Nationale Aktionsplan entstanden?

Die Bundesregierung hat den Zweiten Aktionsplan zwischen März und August 2019 erstellt.

Zwei Monate lang konnten sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Insgesamt machten die Bürgerinnen und Bürger 58 Vorschläge.

Davon konnten aber nur wenige in den Aktionsplan aufgenommen werden.

Trotzdem waren alle Vorschläge für die Diskussion wichtig.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die einen Vorschlag gemacht hatten, bekamen aber auf jeden Fall eine Antwort. Die Bundesregierung ist den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Vorschläge sehr dankbar.

Der Zweite Nationale Aktionsplan steht auch im Internet unter der Adresse:

www.open-government-deutschland.de. Die Seite ist barrierefrei.

Dazu verpflichtet sich Deutschland im Zweiten Nationalen Aktionsplan:

Verpflichtungen des Bundes

1 Open Government Labore in den Städten und Gemeinden

Das Bundes-Innen-Ministerium fördert die Zusammenarbeit der Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern und gibt dafür 3 Millionen Euro aus. Städte und Gemeinden, die dabei mitmachen möchten, können sich bereits dafür bewerben.

2 Bürger und Bürgerinnen können mehr über die Außen-Politik erfahren

Das Auswärtige Amt stellt Teile von seinem Archiv im Internet zur Verfügung, sodass alle Bürgerinnen und Bürger sich darin über die Außenpolitik informieren können. Das Auswärtige Amt möchte auch mehr Veranstaltungen zur Außen-Politik anbieten, damit die Menschen mit den Fachleuten dort ins Gespräch kommen können.

3 Jugendliche sollen mehr mitreden dürfen

Entscheidungen in allen politischen Bereichen können auch junge Menschen betreffen. Daher entwickelt die Bundesregierung eine gemeinsame Jugend-Strategie. Das Bundes-Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will dabei auch Jugendliche beteiligen. Die Jugendlichen sollen die Jugendpolitik selber mitgestalten können.

4 E-Government-Agentur wird aufgebaut

Das Bundes-Innen-Ministerium stellt ein besonderes Team mit Fachleuten für Verwaltung und für Computer zusammen. Sie sollen helfen, die Verwaltung moderner zu machen. Und sie sollen auch Bürgerinnen und Bürger nach guten Ideen fragen.

- 5 Mehr Offenheit und Mitbestimmung bei der Hilfe für andere Länder**
Das Bundes-Ministerium für Entwicklung unterstützt andere Länder zum Beispiel in Afrika. Alle Menschen sollen erfahren, wieviel Geld Deutschland dafür ausgibt und wohin das Geld fließt. Deshalb will das Ministerium noch mehr Informationen im Internet veröffentlichen. Alle Menschen sollen diese Informationen sehen und verstehen können. Es möchte, dass so die Bürgern und Bürgerinnen dieser Länder noch besser mit den Menschen in der Regierungen ins Gespräch kommen.
- 6 Die Daten der Verwaltung sollen zum Teil veröffentlicht werden**
Die Verwaltungen speichern ganz viele Informationen. Große Teile davon könnten im Internet veröffentlicht werden. Alle Menschen können dann diese Informationen im Internet nachlesen. Dieses Prinzip nennt man Open Data. Das Bundes-Innen-Ministerium will Open Data weiter fördern, indem es dafür gute Vorgehensweisen entwickelt.
- 7 Bürger und Bürgerinnen sollen mitreden bei der Hightech-Strategie 2025**
Hightech-Strategie bedeutet:
Einen Plan für die Nutzung von sozialen und technologischen Innovationen zu haben. Innovationen sind neue Ideen oder Erfindungen. Das Ziel von diesem Plan ist, Innovationen zu nutzen, damit es den Menschen und der Umwelt besser geht. Dazu macht das Bundes-Ministerium für Bildung und Forschung Veranstaltungen. Dort können die Menschen ihre Fragen stellen und mitreden.
- 8 Bürger und Bürgerinnen reden bei neuen Gesetzen mehr mit**
Manche gesetzlichen Regelungen sind sehr kompliziert. Bei vielen Gesetzen ist auch die Sprache so schwierig, dass sie sehr schwer zu verstehen sind. Um das zu vermeiden, sollen die Bürgerinnen und Bürger bei neuen Gesetzen und Regelungen mehr mitreden. Einerseits soll eine verständlichere Sprache für die Gesetze gefunden werden, andererseits sollen Regelungen zum Teil auch erstmal zur Probe gelten.
Neue Gesetze werden demnächst auch im Internet verkündet.
- 9 Smarte LandRegionen**
Smarte LandRegionen heißt ein Projekt des Bundes-Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Ergebnis dieses Projekts wird die Erkenntnis sein, dass das Internet auch viele Verbesserungen für das Leben auf dem Land bieten könnte. Das Bundes-Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft will dafür im Internet eine Online-Plattform und Dienst-Leistungen zur Verfügung stellen.

Verpflichtungen von den Bundes-Ländern

1 Nordrhein-Westfalen

Open Government verbessern, indem die Möglichkeiten dafür insgesamt verbessert werden

Nordrhein-Westfalen will sein Open Government-Portal weiter ausbauen. Nordrhein-Westfalen will auch ein Open-Government-Siegel vergeben, das dann ein Anreiz sein soll für die Verwaltungen, sich mehr für Open Government zu engagieren.

2 Nordrhein-Westfalen

Räume zum Austausch anbieten

Nordrhein-Westfalen will einen Raum schaffen, wo sich dann Mitarbeiter der Landes-Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern und Interessierten zum Austausch treffen können.

3 Nordrhein-Westfalen

Informationen zu Datensicherheit anbieten

Die Verwaltungen sollen mehr offene Daten bereitstellen. Manchmal sind sich Verwaltungs-Mitarbeiter nicht ganz sicher, ob man eine bestimmte Information veröffentlichen darf. Damit die Verwaltungs-Mitarbeiter sicherer werden, sollen sie besser informiert werden.

4 Sachsen

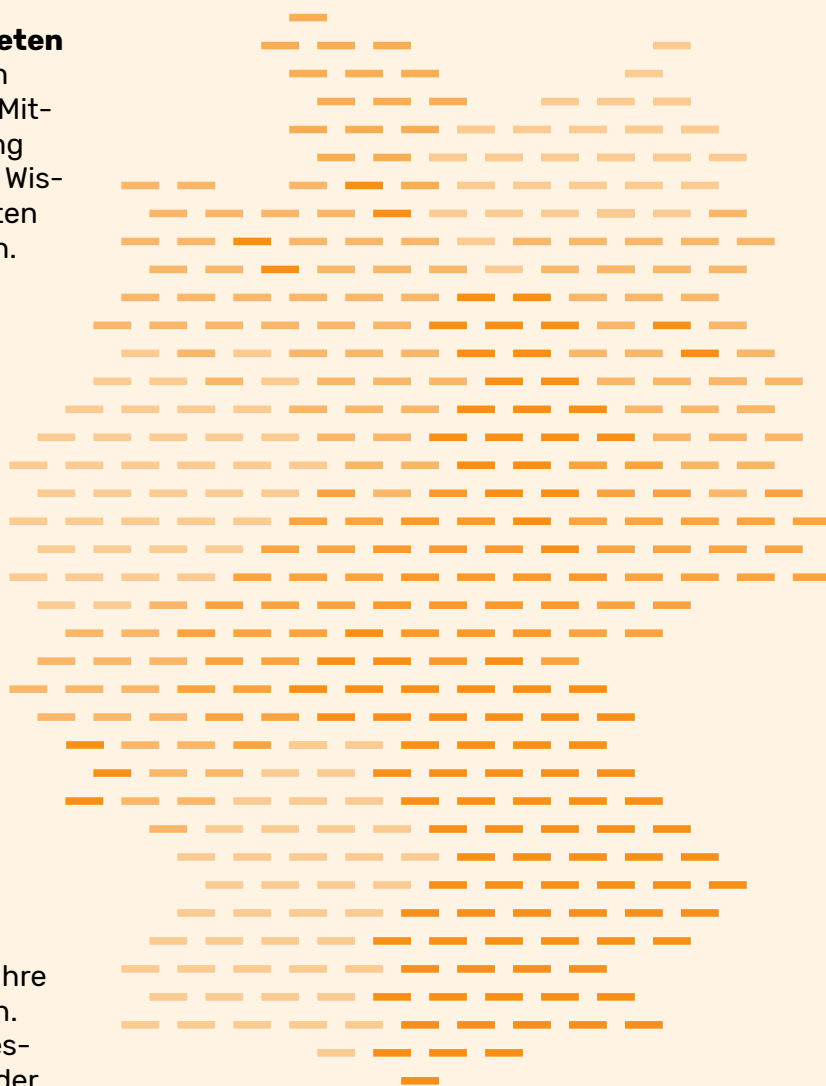
Verbesserung von dem Beteiligungs-Portal

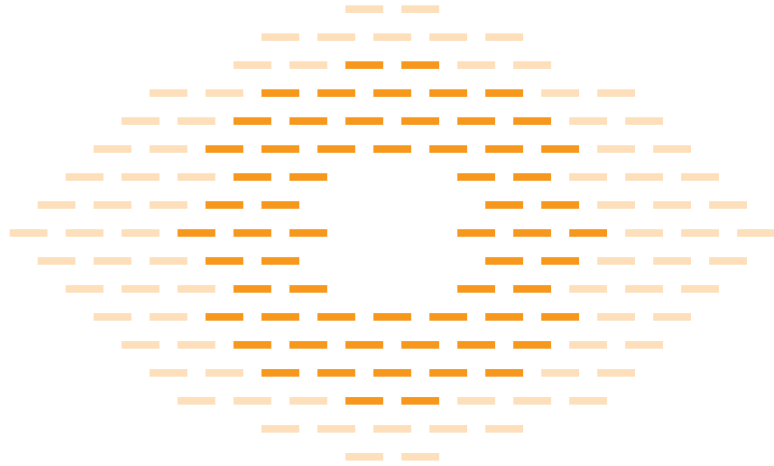
Sachsen hat im Internet eine Seite, auf der die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung und ihre Wünsche aufschreiben können. Diese Internet-Seite soll verbessert werden. Auch andere Länder sollen solch eine Seite nutzen können.

5 Schleswig-Holstein

Bessere Computer-Programme für die Verwaltung

Schleswig-Holstein will die Arbeit mit den Computern und dem Internet in den Verwaltungen sicherer und einfacher machen. Dazu sollen die Verwaltungen unabhängig werden von Computer-Firmen. Die Computer-Programme sollen dann gemeinsam entwickelt und verbessert werden.





Die nächsten Schritte

Der Open-Government-Prozess geht immer weiter. Bis zum Sommer 2021 wird dieser Aktionsplan umgesetzt. 2020 schaut die Bundesregierung, wie weit wir in Deutschland mit Open Government schon gekommen sind. Dann sieht man auch, worin wir noch besser werden müssen.

Im Sommer 2021 wird die Bundesregierung sehen, was alles gut umgesetzt worden ist und ob der Aktionsplan erfolgreich war.

Von den Fehlern im Zweiten Aktionsplan lernt die Bundesregierung dann für den Dritten Aktionsplan, damit der Dritte Aktionsplan noch besser wird.

Open Government ist wichtig für eine Demokratie und kann das Leben der Menschen verbessern.

Open Government ist auch gegen Bestechung und andere Straftaten wirksam und ist deshalb für ganz Deutschland wichtig.

Machen Sie auch mit!

Informieren und beteiligen Sie sich! Alle sollten mitmachen!

in Deutschland 
2. Nationaler Aktionsplan

Sept. 2019 - Aug. 2021

NEU: Beteiligung Länder,
Kommunen, Zivilgesellschaft